

# A M T S B L A T T

für die Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich

69

Jahrgang 2025, 5. Stück

Ausgegeben am 30. Mai 2025

Inhalt	Seite
<b>Rechtliches</b>	
Kundmachungen des Präsidiums der Synode A.B. ....	70
<b>Nr. 65</b> – Wahl der Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Österreich (Bischöfin der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich) .....	70
Kundmachungen des Oberkirchenrates A.u.H.B. ....	70
<b>Nr. 66</b> – Kollektivvertrag 2025 .....	70
<b>Nr. 67</b> – Kirchenbeitrags- und Finanzausgleichsordnung – Amtswegige Berichtigungen ....	86
<b>Nr. 68</b> – Kirchenbeitragsverordnung – Amtswegige Berichtigungen .....	87
<b>Nr. 69</b> – Dienstordnung 2012 für die bei der Evangelischen Kirche beschäftigten Dienstnehmer – Amtswegige Berichtigungen .....	87
<b>Nr. 70</b> – Durchführungsverordnung zu § 14 Dienstordnung 2003 (Sonderurlaubs-Verordnung 2003) – Amtswegige Berichtigung .....	88
<b>Nr. 71</b> – Richtlinien zur Anstellung von JugendpfarrerInnen und JugendreferentInnen im Bereich der Evangelischen Jugend Österreich – Amtswegige Berichtigung .....	88
<b>Nr. 72</b> – Erscheinungsdaten der nächsten Ausgaben des Amtsblattes für die Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich .....	88
Kundmachungen des Oberkirchenrates A.B. ....	89
<b>Nr. 73</b> – Diözesane Stellenverteilungskonzepte .....	89
<b>Nr. 74</b> – Einhebegebührenverordnung 2018 – Amtswegige Berichtigung .....	89
<b>Nr. 75</b> – Amtshandlungsverordnung – Amtswegige Berichtigungen .....	89
<b>Personalia</b>	
Wahlergebnisse .....	90
<b>Nr. 76</b> – Wahl von Mag. <sup>a</sup> Andrea Fiorella Mattioli zur Superintendentin .....	90
Ordinationen, Ermächtigungen und abgelegte Prüfungen .....	90
<b>Nr. 77</b> – Amtsprüfung vom 5. Mai 2025 .....	90
<b>Nr. 78</b> – Ergänzungsprüfung nach § 13 OdgA .....	90
Stellenausschreibungen A.B. ....	90
<b>Nr. 79</b> – Ausschreibung (erste) der 85%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Bad Aussee – Stainach-Irdning .....	91
<b>Nr. 80</b> – Ausschreibung (zweite) der 50%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.u.H.B. Berndorf .....	92
<b>Nr. 81</b> – Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Kirchdorf an der Krems .....	93

Nr. 82 – Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Traun	94
Bestellungen und Zuteilungen A.B. ....	95
Nr. 83 – Bestellung von Mag. Dr. Gernot Hochhauser .....	95
Todesfälle .....	95
Nr. 84 – Pfarrer i.R. Mag. Martin Leidig .....	95
<b>Mitteilungen</b>	
Nr. 85 – Diakoniepreis 2025 der Evangelischen Kirche A.u.H.B. ....	96
Nr. 86 – Kollektenaufwurf für den 6. Sonntag nach Trinitatis, 27. Juli 2025: Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau (WeG) .....	97
Nr. 87 – Seelenstandsbericht 2024: Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich .....	97

## Rechtliches

### Kundmachungen des Präsidiums der Synode A.B.

#### Nr. 65

#### **Wahl der Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Österreich (Bischöfin der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich)**

Im Rahmen der 3. Session der 16. Synode A.B. am 23. Mai 2025 wurde Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Cornelia Richter mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Österreich (Bischöfin der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich) gewählt. Sie tritt ihr Amt mit 1. Jänner 2026 an.

Mag.<sup>a</sup> Ingrid Monjencs, BTh  
Präsidentin der Synode A.B.

Lore Beck  
Schriftführerin der Synode A.B.

(Zl. LK-KLT01-001984/2024)

### Kundmachungen des Oberkirchenrates A.u.H.B.

#### Nr. 66

#### **Kollektivvertrag 2025**

Der **Evangelische Oberkirchenrat A.u.H.B.** als Kirchenleitung und Dienstgeber gemäß der Verfassung der Evangelischen Kirche in Österreich und dem Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, mit Zustimmung des Kirchenpresbyteriums A.u.H.B. einerseits

sowie der **Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer** als die vom Bundeseinigungsamt am 17. Jänner 1996 unter Zl. 11/BEA/1996-1 gemäß § 4 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974 idGF anerkannte Freiwillige Berufsvereinigung der Dienstnehmer andererseits

schließen für das Kalenderjahr 2025 folgenden Kollektivvertrag ab:

## **Teil I Allgemeine Bestimmungen**

### **Geltungsbereich**

#### **§ 1**

- (1) Dieser Kollektivvertrag gilt für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die in einem aufrechten Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A.u.H.B. stehen.
- (2) Ferner gilt dieser Kollektivvertrag für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die in einem aufrechten Dienstverhältnis zu einem Werk der Kirche, einem evangelisch-kirchlichen Verein, einer evangelisch-kirchlichen Gemeinschaft oder einer kirchlichen Stiftung oder Anstalt in Österreich stehen, wenn sich deren Rechtsträger diesem Kollektivvertrag angeschlossen hat.
- (3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt dieser Kollektivvertrag auch für alle Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in Ausbildung (Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen).
- (4) Die gemäß § 46 Abs. 3 Ordnung des geistlichen Amtes (OdGA) kirchengesetzlich festgelegte Abtretungsverpflichtung ist von diesem Kollektivvertrag nicht berührt, sie ist von jedem geistlichen Amtsträger und jeder geistlichen Amtsträgerin selbst zu erfüllen.

## **Teil II Bezüge**

#### **§ 2**

- (1) Das Gehalt besteht aus dem Grundgehalt und den Zulagen.
- (2) Zu Unrecht bezogenes Gehalt oder zu Unrecht bezogener Auslagenersatz ist zu erstatten. Die auszahlende Stelle ist zur Hereinbringung im Abzugsweg berechtigt.

### **1. Abschnitt Das Grundgehalt**

#### **§ 3**

- (1) Das Grundgehalt wird durch das Gehaltsschema „alt“ und „neu“ bestimmt.
- (2) Das Gehaltsschema „neu“ gilt für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ab 1. Jänner 2005 neu eintreten, sowie jene geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die sich zum Stichtag 31. Dezember 2004 in den Gehaltsstufen 1 bis 6 befanden und für jene, die mit Einzelerklärung in das Gehaltsschema „neu“ übertreten. Das Gehaltsschema „alt“ gilt für alle übrigen geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen.
- (3) Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in Ausbildung erhalten den für das Ausbildungsverhältnis festgesetzten Bezug.
- (4) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Wartestand gelten die in § 14 getroffenen Regelungen.
- (5) Teilzeitbeschäftigte erhalten den ihrem Beschäftigungsmaß entsprechenden Teil der ihnen nach der Gehaltsordnung gebührenden Bezüge.
- (6) Die Gehaltsstufe geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen richtet sich nach den zurückgelegten bzw. angerechneten Dienstjahren. Im Gehaltsschema „alt“ wird nach zwei Dienstjahren und im Gehaltsschema „neu“ nach fünf Dienstjahren die nächste Gehaltsstufe erreicht. Bei der Berechnung dieser Zeiträume sind die in Teilbeschäftigung verbrachten Dienstzeiten bei einer Beschäftigung von mindestens der Hälfte der Vollbeschäftigung zur Gänze, sonst zur Hälfte anzurechnen. Während des Dienstverhältnisses in Anspruch genommene Karenzen (Karenzurlaube) nach dem Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG, BGBl. Nr. 221/1979 idGF und dem Väter-Karenzgesetz – VKG, BGBl. Nr. 651/1989 idGF sind zur Gänze anzurechnen.

#### **§ 4**

- (1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen:

Stufe	Schema alt
	Betrag in Euro
1	3.415
2	3.415
3	3.415
4	3.442
5	3.557
6	3.759
7	3.962
8	4.165
9	4.363
10	4.570
11	4.770
12	4.975
13	5.177
14	5.367
15	5.545
16	5.712
17	5.896
18	6.125

Stufe	Schema neu
	Betrag in Euro
1	3.584
2	3.882
3	4.173
4	4.467
5	4.763
6	5.056
7	5.349
8	5.644

Ausbildungsverhältnis:	
Stufe 2025	Betrag in Euro
Lehrvikar und Lehrvikarin 1. Jahr	2.673
Lehrvikar und Lehrvikarin 2. Jahr	2.761
Pfarramtskandidat und Pfarramtskandidatin	3.195

(2) Zur Berechnung der jährlichen Gehaltsanpassung wird folgende Regelung angewendet:

- a) Für die Gehaltsanpassung für das Folgejahr werden für den Inflationsparameter die Indexwerte des Verbraucherpreisindex (VPI) der Statistik Austria, entnommen aus einer der veröffentlichten Zeitreihen, herangezogen. Dabei werden zwei Jahresdurchschnittswerte – jeweils aus den Indexwerten von September bis August - berechnet und miteinander verglichen. Für die Gehaltsanpassung wird die prozentuelle Erhöhung dieses Jahresdurchschnittswertes herangezogen.
- b) Die Gehaltsanpassung beträgt mindestens diese prozentuelle Veränderung.
- c) Wenn die Einnahmen der Kirche A.u.H.B. (bestehend aus Kirchenbeiträgen, Bundeszuschuss und Einnahmen aus dem Religionsunterricht) im Vorjahr gegenüber dem Vorvorjahr in Prozent stärker stiegen als die Inflationsrate, in der Bilanz des Vorjahres ein positives Eigenkapital besteht und ein Gewinn erwirtschaftet wurde, gilt: Jeweils im Gehaltsschema „alt und neu“ werden zusätzlich 34 % der Differenz der Prozentsätze als Erhöhung zu der Anpassung nach lit. b hinzugerechnet.
- d) Dieser Absatz 2 tritt außer Kraft, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen eintritt:
  - die prozentuelle Erhöhung des VPI gemäß lit. a steigt über 5 %
  - die Einnahmen der Kirche A.u.H.B. steigen um mehr als 5 % stärker als die prozentuelle Veränderung des VPI.
- e) Dieser Absatz 2 kann bis zum Jahresende für das übernächste Jahr gekündigt werden.

3) Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen in Ausbildung kann für die Dauer des Ausbildungsdienstverhältnisses eine finanzielle Unterstützung in Form einer Überzahlung gewährt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass der Kandidat oder die Kandidatin ansonsten die Lebenshaltungskosten für sich und seine bzw. ihre Angehörigen nicht bestreiten kann. Die Zahlungen erfolgen vierzehnmals jährlich, ein Rechtsanspruch auf eine Unterstützung besteht nicht.

## § 5

Eine Umstellungszulage erhalten Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die beim Wechsel vom Gehaltsschema „alt“ auf das Gehaltsschema „neu“, und damit vom Pensionsanspruch „alt“ gemäß §§ 22 ff zum Pensionsanspruch „neu“ gemäß § 30, den Differenzbetrag nicht an das Pensionsinstitut überweisen lassen, sondern als Teil ihres Gehaltes ausbezahlt erhalten. Die Umstellungszulage wird im Falle einer prozentuellen Erhöhung des Grundgehaltes diesem nicht zugerechnet, sondern unabhängig vom Grundgehalt zum 1. Jänner eines jeden Jahres mit der durchschnittlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex der letzten zwölf Monate, beginnend im Oktober, angepasst.

## § 6

(1) Außer den monatlichen Bezügen gebührt Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen für jedes Kalenderhalbjahr eine Sonderzahlung. Die Höhe richtet sich nach dem Grundgehalt sowie dem Durchschnitt (sechs Monate) sämtlicher Zulagen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Abs. 4. Stehen Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen während des Kalenderhalbjahres, für das eine Sonderzahlung gebührt, nicht ununterbrochen im Genuss des vollen Monatsbezuges, so gebührt ihnen aus der Sonderzahlung nur der entsprechende Teil. Die für das erste Kalenderhalbjahr gebührende Sonderzahlung ist am 31. Mai, die für das zweite Kalenderhalbjahr am 30. November auszubezahlen.

(2) Zur Erzielung einer einheitlichen Auszahlung hat jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin den bezugsauszahlenden Stellen für den Religionsunterricht als Zahlstelle das entsprechende Konto dem Kirchenamt A.u.H.B. zu benennen.

(3) Entgelt für Zusatzleistungen im Rahmen des Religionsunterrichts, wie z.B. für die Betreuung von vorwissenschaftlichen Arbeiten, Prüfungstaxen und Ähnliches, sind dem Berechtigten oder der Berechtigten weiterzugeben.

(4) An den Dienstgeber abgetretene Einkünfte aus genehmigten Nebenbeschäftigungen sind anteilig zu ermitteln und den Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen auszuzahlen.

(5) Verweigert der schulische Dienstgeber die Abtretung von Einkünften aus im kirchlichen Auftrag erteilten Religionsunterricht, sind diese auf das Grundgehalt anzurechnen.

## 2. Abschnitt Zulagen

### § 7

(1) Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen sowie ihre Waisen, Witwen, Witwer und Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften haben Anspruch auf Zulagen nach den folgenden Bestimmungen.

(2) Zulagen sind mit dem Grundgehalt oder der Pension als Monatsbezug auszubezahlen.

(3) Anträge auf Auszahlung einer Zulage können bis zu drei Jahre rückwirkend gestellt werden. Dabei wird auf jenen Monat zurückgerechnet, in welchem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt wurden bzw. die bezugsändernde Tatsache (§ 16) vorlag.

### Kinderzulage

### § 8

(1) Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen sowie ihre Waisen, Witwen, Witwer und Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften haben Anspruch auf Kinderzulage.

(2) Die Kinderzulage gebührt für

- a) minderjährige Kinder,
- b) für volljährige Kinder, solange ein Anspruch auf Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) besteht.

(3) Im Sinne des Abs. 2 sind Kinder

- a) leibliche Nachkommen,
- b) Wahlkinder,
- c) Stiefkinder,
- d) Pflegekinder gemäß §§ 184 f ABGB.

(4) Anspruch auf Kinderzulage für ein Kind gemäß Abs. 2 hat eine Person gemäß Abs. 1, zu deren Haushalt das Kind gehört bzw. die für das Kind unterhaltspflichtig ist.

(5) Ein Dienstnehmer oder eine Dienstnehmerin, zu dessen oder deren Haushalt das Kind zwar nicht gehört, der oder die jedoch die Unterhaltskosten für das Kind trägt, hat dann Anspruch auf Kinderzulage, wenn keine andere Person gemäß Abs. 4 anspruchsberechtigt ist.

(6) Für ein Kind hat nur eine Person Anspruch auf die Kinderzulage. Gehört ein Kind zum gemeinsamen Haushalt der Eltern, so hat die Mutter Anspruch auf die Kinderzulage. Der Verzicht zugunsten des anderen Elternteils ist zulässig. Er ist schriftlich zu erklären und kann jederzeit widerrufen werden.

(7) Die Auszahlung der Kinderzulage für volljährige Kinder erfolgt nur nach Vorlage der vom zuständigen Finanzamt ausgestellten „Mitteilung über den Bezug der Familienbeihilfe“ oder eine an deren Stelle tretende Mitteilung. Die in dieser Mitteilung angeführte Frist für die Gewährung der Familienbeihilfe ist für den Anspruch auf Kinderzulage maßgeblich.

(8) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen sowie ihre Hinterbliebenen beträgt die Kinderzulage für jedes Kind EUR 78,20 monatlich. Für Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in Ausbildung beträgt die Kinderzulage für jedes Kind EUR 125,10 monatlich. Bei Dienstverhältnissen unter 50 % wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

(9) Die Kinderzulage wird auf Antrag zuerkannt und zwar vom Beginn des Monats an, in dem die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Voraussetzung ist, dass ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht oder eine Ausnahmegenehmigung nach Abs. 10 gewährt wurde.

(10) In Ausnahmefällen kann der zuständige Oberkirchenrat über begründeten Antrag und maximal bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres des Kindes vom Erfordernis des Anspruchs auf Familienbeihilfe absehen.

### Ausbildungszulage

#### § 9

(1) Zusätzlich zur Kinderzulage haben Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, ihre Witwen und Witwer sowie Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften für ein Kind gemäß § 8 Abs. 2 und 3 Anspruch auf eine Ausbildungszulage. Der Anspruch setzt voraus:

- a) Anspruch auf Kinderzulage;
- b) Schul- und Berufsausbildung des Kindes außerhalb des Wohnsitzes des gemeinsamen Haushalts der Eltern bzw. des Hauptwohnsitzes jenes Elternteils, zu dem das Kind gehört, wenn und weil keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit am Hauptwohnsitz besteht, und
- c) das Kind in einem Schüler- bzw. Schülerinnenheim, Studierendenheim, Mietwohnung usw. wohnen muss.

(2) Die Ausbildungszulage wird nur auf Antrag zuerkannt. Dem Antrag sind Rechnungen des Schüler- bzw. Schülerinnenheimes, Studierendenheimes oder über die sonstige Unterbringung beizulegen. Die Ausbildungszulage wird vom Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden, jeweils für die Dauer eines Semesters zuerkannt. Der Anspruch erlischt mit Ablauf des Monats, in dem eine Ausbildung beendet oder abgebrochen wird.

(3) Eine Verlängerung der Zuerkennung ist zulässig und jeweils gemäß Abs. 2 zu beantragen.

(4) Die Ausbildungszulage beträgt monatlich für jedes Kind EUR 240,80. Bei Dienstverhältnissen unter 50 % wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

### Trennungszulage

#### § 10

(1) Einem Dienstnehmer oder einer Dienstnehmerin gebührt für die Zeit der Trennung von seiner bzw. ihrer Familie oder von der oder den im Haushalt lebenden Person/Personen eine Trennungszulage von EUR 5,15 pro Tag, die mit dem Monatsbezug zwölfmal p.a. bzw. aliquot ausbezahlt wird, wenn er oder sie zur Ausübung seines oder ihres Amtes für mehr als einen Monat seinen oder ihren ordentlichen Wohnsitz verlassen und einen neuen Wohnsitz begründen muss, ohne dass eine Übersiedlung der Familie oder der im Haushalt lebenden Personen erwartet werden kann, weil eine Dienstwohnung nicht zur Verfügung steht oder eine Übersiedlung nicht zumutbar ist.

(2) Der Anspruch erlischt, wenn eine Übersiedlung möglich, zumutbar oder aus Interesse der Evangelischen Kirche A.u.H.B., A.B. oder H.B. wünschenswert ist.

### Belastungszulage

#### § 10 a

Die über dem in § 2 Abs. 1 Religionsunterrichts-Verordnung festgelegten Pflichtstundenausmaß hinaus geleisteten Religionsunterrichtsstunden werden mit EUR 85,50 pro Monatswochenstunde vergütet.

### Administrationszulage

#### § 11

Für die Administration einer Pfarrgemeinde gebührt dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin entsprechend der Administrationsverordnung 2016 (ABl. Nr. 216/2015) pro Monat eine Administrationszulage. Das Ausmaß wird bei Übertragung der Administration festgelegt, die Vergütung beträgt EUR 39,10 pro Einheit.

### Funktionszulagen

#### § 12

(1) Senioren und Seniorinnen, Superintendenten und Superintendentinnen, geistliche Oberkirchenräte und geistliche Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin sowie der Bischof oder die Bischöfin erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion monatlich nicht ruhegenussfähige Funktionszulagen in folgender Höhe:

	EUR
Senioren und Seniorinnen	249,10
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent bzw. die Landessuperintendentin	794,60
der Bischof bzw. die Bischöfin	1.588,90

(2) Ist ein Superintendent oder eine Superintendentin, ein geistlicher Oberkirchenrat oder eine geistliche Oberkirchenrätin, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, der Bischof oder die Bischöfin länger als vier Wochen verhindert, seine oder ihre Funktion auszuüben, ruht ab dem ersten Tag der fünften Woche sein oder ihr Anspruch auf Funktionszulage. Ab dem Beginn der fünften Woche der Verhinderung gebührt dem oder der Vertretenden für die Zeit der Vertretung zusätzlich die Funktionszulage des oder der Vertretenen.

(3) Die Pfarrer und Pfarrerinnen im Amt für Hörfunk und Fernsehen sowie im Presseamt der Evangelischen Kirche A.u.H.B. erhalten für die Dauer der Ausübung dieses Amtes eine Funktionszulage in der Höhe der gemäß Abs. 1 für Senioren oder Seniorinnen festgesetzten Zulage. Diese Regelung gilt nicht für Nach- oder Neubesetzungen der Stellen im Amt für Hörfunk und Fernsehen bzw. Presseamt.

(4) Die Verpflichtung zur Leistung der mit Abs. 1, 2 und 3 festgelegten Zulagen erlischt mit Ablauf der Amtsdauer der Funktion des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin.

### 3. Abschnitt

#### Auslagenersatz und Wohnungsunterstützungszuschuss

#### § 13

(1) Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen haben gegenüber dem Dienstgeber Anspruch auf Ersatz ihrer durch den Dienst hervorgerufenen Auslagen, soweit sie nicht von Dritten zu tragen oder zu übernehmen sind. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von sechs Monaten ab Tätigung der Auslage geltend gemacht wird. Steht der Anspruch, insbesondere der Höhe nach, erst zu einem späteren Zeitpunkt fest, beginnt der Lauf der Frist ab diesem. In begründeten Einzelfällen kann die Frist von der oder dem Leistungspflichtigen verlängert werden.

(2) Für Dienstverrichtungen nicht hauptamtlicher Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen im Bereich des Bundesheeres sind Reisekostensätze und Taggelder wie für Sitzungen synodaler Ausschüsse auszubezahlen.

(3) Der Wohnungsunterstützungszuschuss im Sinne des § 1 der Verordnung betreffend Wohnungsunterstützungszuschüsse und Beiträge (gemäß § 64 OdtA; ABl. Nr. 217/2015) beträgt EUR 500 pro Monat. Für den Fall einer erforderlichen Selbstanmietung kann ein höherer Betrag zwischen dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin und der zur Auszahlung verpflichteten Stelle bis zu EUR 1.000 vereinbart werden.

(4) Der freiwillige Dienstgeberbeitrag im Fall einer genehmigten Nichtbenützung einer Dienstwohnung bei verheirateten geistlichen Amtsträgern gemäß § 64 Abs. 5 OdtA beträgt 37 % des Wohnungsunterstützungszuschusses. Jeweils die Hälfte dieses Betrages wird monatlich für jeden Ehepartner beim Pensionsinstitut der Linz AG als freiwilliger Dienstgeberbeitrag einbezahlt.

#### **4. Abschnitt Wartestand**

##### **§ 14**

(1) Geistlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen im Wartestand gebührt für die auf die rechtskräftige Versetzung in den Wartestand folgenden drei Monate das volle Gehalt. Sie verlieren jedoch den Anspruch auf eine Dienstwohnung oder den Wohnungsunterstützungszuschuss.

(2) Bei Vorliegen von besonders zu berücksichtigenden Umständen kann der Oberkirchenrat A.u.H.B. die Frist gemäß Abs. 1 bis zu einem Jahr verlängern.

(3) In den Fällen der Art. 64 Abs. 2, Art. 91 Abs. 3 und Art. 93 Abs. 6 der Kirchenverfassung ist auf Antrag des betreffenden geistlichen Amtsträgers oder der betreffenden geistlichen Amtsträgerin die Frist bis zu einem Jahr zu verlängern.

(4) Der Wartestandsbezug beträgt 80 % des Grundgehaltes.

(5) Die Kinder- und Ausbildungszulage werden, solange die Voraussetzungen dafür gegeben sind, im vollen Ausmaß ausbezahlt.

(6) Auslagenersätze gemäß § 13 Abs. 1 bleiben unberührt.

(7) Ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin, der oder die gemäß § 69 Abs. 3 OdtA in den Wartestand versetzt worden ist, erhält keinen Wartestandsbezug.

#### **5. Abschnitt Auszahlung und Änderung der Bezüge**

##### **§ 15**

Gehalt und Auslagenersatz werden monatlich im Nachhinein ausbezahlt. Bei geistlichen Amtsträgern oder Amtsträgerinnen, die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Auszahlung der Bezüge zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, wird diese bei Austritt bzw. bei Beendigung des aktiven Dienstes in Abzug gebracht.

##### **§ 16**

(1) Bezugsänderungen werden mit dem Ersten desjenigen Monats wirksam, der der bezugsändernden Tatsache folgt. Allfällige Übergenüsse, welche durch eine verspätete Anzeige entstanden sind, hat die bezugsauszahlende Stelle im Abzugswegen einzubringen.

(2) Soweit die Bezugsänderung der Auszahlungsstelle nachgewiesen wird, sind verspätete Anträge, Anzeigen u. ä. im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren zu berücksichtigen. Dabei wird auf jenen Monat abgestellt, in welchem die Voraussetzung für den Anspruch erfüllt wurde bzw. die bezugsändernde Tatsache vorlag. In gleicher Weise werden Übergenüsse im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren behandelt.

#### **Fortzahlung des Entgelts bei Dienstverhinderung**

##### **§ 17**

Bei angezeigtem oder nachgewiesenem Eintritt folgender Ereignisse besteht Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes:

bei eigener Eheschließung bzw. Verpartnerung	3 Arbeitstage
bei Eheschließung bzw. Verpartnerung der Geschwister	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den die kirchliche oder standesamtliche Trauung fällt)
bei Eheschließung bzw. Verpartnerung eigener Kinder	1 Arbeitstag
bei Geburt eines eigenen Kindes	3 Arbeitstage
beim Tod des Ehegatten/der Ehegattin bzw. des eingetragenen Partners/der eingetragenen Partnerin oder einer im gemeinsamen Haushalt lebenden Person	3 Arbeitstage
beim Tod der Eltern	2 Arbeitstage
beim Tod des eigenen Kindes, auch wenn das Kind mit dem Dienstnehmer oder der Dienstnehmerin nicht im gemeinsamen Haushalt gelebt hat	3 Arbeitstage
beim Tod von Geschwistern, Schwieger- und Großeltern	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den das Begräbnis fällt)
bei Wechsel der Hauptwohnung (Mittelpunkt des Lebensinteresses), wenn ein eigener Haushalt geführt wird	2 Arbeitstage

Erfolgen diese Ereignisse außerhalb des Wohnortes des Dienstnehmers oder der Dienstnehmerin, so ist für die Hin- und Rückfahrt die erforderliche Freizeit – in der Regel bis zu einem Arbeitstag – zusätzlich zu gewähren.

## 6. Abschnitt Erlöschen und Ruhen des Gehaltsanspruches

### § 18

(1) Der Anspruch auf das Gehalt erlischt:

1. mit dem Tode;
2. mit dem Verlust des geistlichen Amtes;
3. mit Beendigung des Dienstverhältnisses.

(2) Der Anspruch auf das Gehalt ruht:

1. bei vereinbarter Karenz für die Dauer des Karenzurlaubes; Karenzzeiten bis zu zwei Jahren im Laufe der gesamten Dienstzeit sind für die Vorrückung anzurechnen.
2. solange eine nicht genehmigte Berufstätigkeit ausgeübt wird.

## 7. Abschnitt Abfertigung

### § 19

(1) Für Abfertigungsansprüche geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen, die vor dem 1. Jänner 2003 aufgenommen wurden, gelten § 23 und § 23 a Angestelltengesetz (AngG), jedoch mit Ausnahme des § 23 Abs. 2.

(2) Für alle Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die ab und nach dem 1. Jänner 2003 erstmals in den kirchlichen Dienst getreten sind, gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbstständigenvorsorgegesetz (BMSVG). Der Dienstgeber leistet die gesetzlich vorgeschriebenen Beitragszahlungen in die VBV-Mitarbeitervorsorgekasse, Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien, Telefon: 01 217 01. Ein Wechsel der Mitarbeitervorsorgekasse ist dem Dienstgeber unter Einhaltung der gesetzlich hierfür vorgesehenen Bestimmungen möglich.

(3) Abfertigungen von Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sowie Leistungen aus der Mitarbeitervorsorge aus Dienstverhältnissen mit Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sind an den kirchlichen Dienstgeber abzuführen. Ausgenommen hievon sind Dienstverhältnisse mit der Evangelischen Kirche in Österreich, die ab bzw. nach dem 1. Jänner 2003 abgeschlossen wur-

den, während das Dienstverhältnis mit der Schulbehörde schon vor dem 1. Jänner 2003 begonnen hat und fort dauert. In einem solchen Fall erhalten letztere jene Abfertigung abzüglich eines allfälligen Kostenersatzes, der als Beitrag angefallen wäre, wenn die beiden Dienstverhältnisse gleichzeitig begonnen hätten.

(4) Endet das Dienstverhältnis, weil der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin über eigenen Wunsch in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen wird oder wurde, gilt das Dienstverhältnis als über Wunsch des Dienstnehmers bzw. der Dienstnehmerin aufgelöst, und es besteht kein Abfertigungsanspruch.

(5) Wird das Dienstverhältnis über den Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, ab dem ein Anspruch auf die Alterspension nach ASVG gegeben wäre, frühestens jedoch nach Vollendung des 65. Lebensjahres, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch pro Jahr um ein halbes Monatsgehalt. Wird das Dienstverhältnis für einen kürzeren Zeitraum als ein Jahr fortgesetzt, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch aliquot.

(6) Die Hälfte der Abfertigung wird binnen acht Tagen nach Beendigung des Dienstverhältnisses, die zweite Hälfte einschließlich allfälliger Sonderzahlungen in gleichen monatlichen Raten innerhalb des Abfertigungszeitraumes ausgezahlt. Während des Abfertigungszeitraumes ruht die kirchliche Zuschusspension (für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im System der Abfertigung „alt“). Der Abfertigungszeitraum ist die Anzahl der Monate, die sich aus § 23 Abs. 1 AngG und § 19 Abs. 5 dieses Kollektivvertrages je nach Dauer des Dienstverhältnisses als Vielfaches des Entgelts ergeben.

(7) Im Falle einer Karenzierung, eines Sabbaticals, eines Wartestandes oder einer sonstigen Dienstfreistellung und im Falle eines verringerten Beschäftigungsausmaßes von einer Dauer von bis zu zwei Jahren wird der Abfertigungsanspruch vom ursprünglichen Gehalt berechnet, wobei Zeiten der Dienstfreistellung für den Abfertigungsanspruch angerechnet werden. Im Falle einer Karenzierung, eines Sabbaticals, eines Wartestandes oder einer sonstigen Dienstfreistellung und im Falle eines verringerten Beschäftigungsausmaßes von einer Dauer von mehr als zwei Jahren werden diese Zeiten für den Abfertigungsanspruch angerechnet, für die Berechnung der Höhe des Abfertigungsanspruchs wird das durchschnittliche Beschäftigungsausmaß über die gesamte Anstellungsdauer herangezogen, wobei bereits erworbene Abfertigungsansprüche nicht verringert werden können. Für die Berechnung des Abfertigungsanspruchs wird jenes Gehalt herangezogen, welches bei fortlaufendem unverändertem Dienstverhältnis erreicht worden wäre. Es werden sowohl die Zeiten der Dienstfreistellung für den Abfertigungsanspruch angerechnet als auch Vorrückungen im Gehaltsschema durchgeführt.

### **Teil III Kirchliche Spitalskostenfürsorge**

#### **§ 20**

(1) Der Anspruch auf Leistungen entsprechend dem Leistungskatalog der kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge (ZKF) endete mit Leistungen, die bis einschließlich 29. Feber 2024 in Anspruch genommen wurden. Die kirchliche Zusatzkrankenfürsorge ist geschlossen und das vorhandene Vermögen endabgerechnet.

(2) Alle Mitglieder der ehemaligen Zusatzkrankenfürsorge und deren Angehörigen mit aufrechem Vertrag mit der Generali zum 29. Feber 2024, die gegenüber der kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge Ansprüche auf „Generali-Leistungen“ erworben haben und deren Ansprüche entsprechend § 19 a des Kollektivvertrages 2024 nicht abgefunden wurden, wurden als Mitglieder in die „kirchliche Spitalskostenfürsorge (KSKF)“ überführt. Die nicht ausgezahlten Abfindungen wurden in das Sondervermögen „kirchliche Spitalskostenfürsorge“ überführt. Für die Mitglieder der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“ gilt:

- a) Die Beiträge der Mitglieder der KSKF werden per Einziehungsauftrag eingehoben. Die Höhe des Jahresbeitrages 2024 wurde mit 18 % des Jahresbeitrages 2023 für Pensionisten und Pensionistinnen zur „kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge“ zuzüglich 2 % festgelegt (Jahresbeitrag 2023 +2 %). Der Beitrag erhöht sich jährlich zum 1. Jänner eines jeden Jahres um jeweils 2 %. Der Jahresbeitrag 2025 beträgt somit EUR 205,44.
- b) Der Jahresbeitrag wird jährlich bis spätestens 30. Jänner eingezogen.
- c) Ein Austritt aus der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“ ist jederzeit ohne Abfindungszahlung möglich, die Ansprüche verfallen mit dem Austritt zu Gunsten des Vermögens der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“. Ein erneuter Eintritt ist nicht möglich.

- d) Im Fall eines Spitalsaufenthalts werden für Pensionisten und Pensionistinnen und deren anspruchsberechtigte Angehörige 90 %, für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen in einem aktiven Dienstverhältnis und deren anspruchsberechtigte Angehörige 70 % des Selbstbehalts der Spitalskostenzusatzkrankenversicherung der Generali ersetzt, jedoch höchstens EUR 1.450 je Spitalsaufenthalt.
- e) Diese Ansprüche können rückwirkend für ab 1. März 2024 angefallene Leistungen geltend gemacht werden.
- f) Ist die Einhebung des Jahresbeitrages per Einziehungsauftrag trotz Information und Mahnung binnen drei Kalendermonaten nach der in lit. a bzw. lit. b festgelegten Frist nicht möglich, wird bis zum Eingang der Beitragszahlung die Auszahlung von Leistungen ausgesetzt und der Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer informiert. Erfolgt binnen weiterer sechs Monate trotz Erinnerung und Mahnung weder eine Zahlung des Beitrages durch Erteilung eines Einziehungsauftrags noch durch eine Überweisung, gilt die Nichtzahlung des Beitrages als Austritt aus der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“ mit den in lit. c festgelegten Auswirkungen. Wurden für den Zeitraum, für den Beiträge offen sind, keine Leistungen in Anspruch genommen, wird auf die Geltendmachung des Beitrages verzichtet. Wurden Leistungen abgerechnet bzw. sind Leistungen eingereicht, die bis zu drei Monate nach der Fälligkeit des Beitrags in Anspruch genommen wurden, werden diese Leistungen noch abgerechnet und ausgezahlt und der für diesen Zeitraum fällige aliquote Beitrag geltend gemacht.
- (3) Das Vermögen der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“ und die Jahresbeiträge werden zur Deckung der Ansprüche gegenüber der „kirchlichen Spitalskostenfürsorge“ verwendet. Der Dienstgeber ist nachschusspflichtig. Ein eventuell verbleibendes Vermögen verbleibt deshalb beim Dienstgeber.

## Teil IV Pension

### 1. Abschnitt Allgemeines

#### § 21

- (1) Die folgenden Bestimmungen des 2. Abschnittes des IV. Teils gelten für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die vor dem 1. Jänner 1998 in ein definitives Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind, ausgenommen jene Personen, die von den Regelungen des Abs. 3 erfasst sind. Für alle Ansprüche geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen gilt hinsichtlich der kirchlichen Zuschusspension ausdrücklich der Vorbehalt, dass die Verpflichtung zur Leistung dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers derart verschlechtert hat, dass ihm oder ihr die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.
- (2) Jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin gemäß 2. Abschnitt hat monatlich 1,5 % der in den Vereinbarungen über eine Mitgliedschaft beim Pensionsinstitut der Linz AG der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut der Linz AG, Wiener Straße 151, 4021 Linz, zu leisten. Von der Kirche A.u.H.B. werden 6 % der in diesen Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut abgeführt. Die Leistungen der Kirche an das Pensionsinstitut werden auf das Ruhegehalt gemäß § 23 angerechnet. Die Satzung des Pensionsinstitutes bildet einen Bestandteil dieses Kollektivvertrages.
- (3) Für alle Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen wurden, für die das neue Gehaltsschema gilt, finden die Bestimmungen des 3. Abschnittes des IV. Teils Anwendung.
- (4) Der Dienstgeber leistet ab 1. Jänner 2025 einen, im Sinne der Satzung des Pensionsinstituts freiwilligen, Beitrag für Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen – sowohl nach Abschnitt 2 als auch 3 – in Höhe von 0,21 % der in den in Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut. Die aus diesen freiwilligen Beiträgen entstehenden Anwartschaften stehen den Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen zu.

## 2. Abschnitt Pension „alt“

### 1. Anspruchsberechtigung

#### § 22

(1) Nach Vollendung einer für das Ruhegehalt anzurechnenden Dienstzeit von zehn Jahren hat ein geistlicher Amtsträger bzw. eine geistliche Amtsträgerin im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch auf Ruhegehalt. Für das Ruhegehalt anzurechnende Dienstzeiten sind all jene Zeiträume, in denen der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin oder der Dienstgeber Beiträge an die kirchliche Pensionsvorsorgekasse geleistet hat oder ihm bzw. ihr Überweisungsbeiträge nach bundesrechtlichen Vorschriften oder von anderen Evangelischen Kirchen des Auslandes zugekommen sind. Einem geistlichen Amtsträger bzw. einer geistlichen Amtsträgerin in Ruhe stehen die Kinder- und Ausbildungszulage gemäß §§ 8 und 9 sinngemäß zu, sofern die Bedingungen für die Gewährung dieser Zulagen vorliegen.

(2) Vor Vollendung von zehn anrechenbaren Dienstjahren haben die geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen nur dann Anspruch auf Ruhegehalt, wenn sie wegen einer in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zugezogenen Krankheit dauernd dienstunfähig geworden sind und die Dienstunfähigkeit vom Sozialversicherungsträger festgestellt wurde. Das Ruhegehalt ist in diesem Falle so zu bemessen, als ob sie zehn anrechenbare Dienstjahre zurückgelegt hätten.

(3)

- a) Im Falle eines Abrufs der PI-Pension vor Ablauf des Abfertigungszeitraums gemäß § 19 Abs. 6 erlischt der Anspruch auf das kirchliche Ruhegehalt gemäß §§ 22 bis 29. Stattdessen kommen die Regelungen nach § 30 zur Anwendung.
- b) Ergibt sich für das kirchliche Ruhegehalt gemäß §§ 22 bis 29 entsprechend § 26 Abs. 2 rechnerisch eine negative kirchliche Zuschusspension, kommen auf Antrag des/der Anspruchsberechtigten bei gleichzeitigem Verzicht auf die Ansprüche auf das kirchliche Ruhegehalt nach §§ 22 bis 29 die Regelungen nach § 30 zur Anwendung.

(4) Wird ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin infolge eines in Ausübung seines oder ihres Dienstes erlittenen, mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden und ohne sein Verschulden eingetretenen Unfalles (Dienstunfall) dienstunfähig, so werden ihm bzw. ihr zu seiner oder ihrer anrechenbaren Dienstzeit zehn Jahre für die Bemessung des Ruhegehalts unter den nachstehenden Voraussetzungen zugerechnet:

1. Es muss durch eine vom Sozialversicherungsträger durchgeführte amtsärztliche Untersuchung nachgewiesen sein, dass die Dienstunfähigkeit ausschließlich auf den Dienstunfall zurückzuführen ist;
2. die Dienstunfähigkeit muss innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten sein;
3. der Anspruch auf die begünstigende Ruhegebhaltsberechnung muss innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Dienstunfähigkeit beim Oberkirchenrat A.u.H.B. geltend gemacht werden.

(5) Geistlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen, die ihr Amt freiwillig niederlegen, um einen freien kirchlichen Dienst zu übernehmen, bleibt der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewahrt, wenn sie oder ihr Dienstgeber oder beide gemeinsam einen monatlichen Pensionsbeitrag von 10 % des jeweiligen Bruttohöchstgehaltes eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin (Gehaltsschema „alt“) ohne Kinder- und Ausbildungszulage leisten, wobei die errechneten Beträge auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufzurunden sind. Der Anspruch erlischt mit der Nichtzahlung des Pensionsbeitrages durch mindestens sechs Monate, wenn einer schriftlichen Mahnung des Oberkirchenrates A.u.H.B. durch eingeschriebenen Brief nicht innerhalb von 30 Tagen Folge geleistet wird und wenn der Oberkirchenrat das Erlöschen der Ansprüche festgestellt hat. Bei Erlöschen des Anspruches sind die bereits geleisteten Beiträge unverzinst zurückzuzahlen.

### 2. Höhe des Ruhegebhalts

#### § 23

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei zehn anrechenbaren Dienstjahren 52 % der ruhegebhaltsfähigen Geldbezüge und erhöht sich mit der Zurücklegung je eines weiteren Jahres um 1,5 %, jedoch höchstens auf 80 %. Der Höchstbetrag des Ruhegebhalts gemäß Abs. 10 lit. c ist anzuwenden.

(2) Grundlage für die Bemessung des Ruhegehalts ist die jeweils letzte Gehaltsstufe, die der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin erreichte. Die Bemessungsgrundlage ist ab dem Jahr 2002 mit einem Faktor von 1,01 zu vervielfachen.

(3) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, die während ihres Dienstverhältnisses teilzeitbeschäftigt waren, ist für die Berechnung der Höhe des Ruhegehaltes das Verhältnis der Gehaltssumme bei Vollbeschäftigung zur Gehaltssumme auf Grund der tatsächlichen Beschäftigungszeiten und der tatsächlichen Vorrückungen heranzuziehen. Dieser Berechnung ist die zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses geltende Gehaltstabelle zugrunde zu legen. Der auf Grund der Berechnung nach Abs. 1 ermittelte Hundertsatz ist durch die Verhältniszahl der Gehaltssummen zu dividieren.

(4) Selbstständige oder unselbstständige Erwerbseinkünfte, Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter, die aus Zeiten resultieren, die auf die ruhegehaltstfähige Dienstzeit angerechnet wurden, sind auf das Ruhegehalt anzurechnen.

(5) Auf das Ruhegehalt sind weiters Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter anzurechnen, die der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin für jene Zeiten seiner bzw. ihrer Pensionsversicherung erhalten, bei denen dieser Pensionsversicherungsbeitrag auf den kirchlichen Pensionsvorsorgebeitrag des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin angerechnet wurde.

(5a) Nicht nach Abs. 5 angerechnet werden Leistungsteile, die aus dem Nachkauf von ASVG-Versicherungszeiten bzw. aus Beiträgen in die freiwillige Höherversicherung stammen, sofern sie aus Beitragsleistungen resultieren, die durch geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen auf eigene Rechnung getätigt wurden. Zusätzliche Pensionsansprüche, die durch Erwerbstätigkeit in Österreich, nach dem Anfall des kirchlichen Ruhegehaltes, erworben werden, werden ebenfalls nicht angerechnet.

(6) Der Zuschuss errechnet sich aus der Differenz zwischen Ruhegehalt und den Leistungen Dritter gemäß Abs. 4 und 5.

(7) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 65. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin, so ist die Zuschussleistung nach Abs. 6 mit dem Abschlagsfaktor bei Berufsunfähigkeit oder Frühpensionierung zu vermindern. Der Frühpensions- bzw. Berufsunfähigkeitsabschlagsfaktor beträgt 0,417 % für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 65. Geburtstag liegt. Dieser Abschlagsfaktor darf maximal 25 % betragen.

(8) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 60. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin, so ist der Abschlagsfaktor gemäß Abs. 7 für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 60. Geburtstag liegt, um 0,417 % zu kürzen. Diese Reduktion darf nicht geringer als 0 % sein.

(9) Die Bestimmungen der Abs. 7 und 8 gelten nicht in den Fällen des § 22 Abs. 4 und im Falle des Todes während des aktiven Dienstes.

(10)

- a) Das kirchliche Ruhegehalt wird grundsätzlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG angepasst.
- b)
  - aa) Sofern die kirchliche Zuschusspension größer als Null ist, erfolgt die Anpassung des kirchlichen Ruhegehaltes in einem Jahr jedoch nur in dem Ausmaß, als die Summe aus der kirchlichen Zuschusspension und den Eigenpensionen gemäß § 23 Abs. 4 und 5 in diesem Jahr nicht höher als der Höchstbetrag gemäß lit. c ist. Die Hinterbliebenenpensionen geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen in Ruhe gemäß § 23 Abs. 4 und 5 sind nicht einzurechnen.
  - bb) Sofern die kirchliche Zuschusspension kleiner oder gleich Null ist, erfolgt die Anpassung des kirchlichen Ruhegehaltes in einem Jahr jedoch nur in dem Ausmaß, als das kirchliche Ruhegehalt nicht höher als der Höchstbetrag gemäß lit. c ist.
- c) Der Höchstbetrag des Ruhegehaltes beträgt für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen EUR 4.556,71. Der Höchstbetrag wird jährlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG angepasst.
- d) Falls vom Gesetzgeber anstelle oder zusätzlich zum Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG Pensionsanpassungen in Form von Geldbeträgen beschlossen werden, sind die Geldbeträge, wenn sie 0,5 % des letztgültigen Höchstbetrags des Ruhegehaltes überschreiten, bei der Anpassung des Ruhegehaltes zur Gänze und bei der Anpassung des Höchstbetrags des Ruhegehaltes

multipliziert mit der Finanzierungsquote zu berücksichtigen. Wenn solche Geldbeträge im Sozialversicherungsrecht nur für ein Jahr oder einzelne Jahre gewährt werden, haben sich diese auf das Ruhegehalt und den Höchstbetrag nur in diesem Jahr bzw. diesen Jahren auszuwirken.

- e) Die Anpassung des kirchlichen Bezuges für Witwen, Witwer oder Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften in einem Jahr erfolgt nur in dem Ausmaß, als die Summe aus dem kirchlichen und dem ASVG-Bezug – sofern dieser ASVG-Witwen-Witwerbezug auf Grund einer Eigenpension des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin gebührt – in diesem Jahr nicht höher als
- bei Witwen/Witwern 60 % (EUR 2.734,03)
  - bei Vollwaisen 40 % (EUR 1.822,68)
  - bei Halbwaisen 25 % (EUR 1.139,18)

des Höchstbetrags des Ruhegehaltes gemäß lit. c ist. Dabei sind die Eigenpensionen aus dem ASVG von Hinterbliebenen geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen nicht einzurechnen.

### 3. Hinterbliebenenversorgung Anspruchsberechtigung

#### § 24

- (1)
1. Witwen oder Witwer geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen haben Anspruch auf einen Witwen- bzw. Witwerbezug, sofern die Ehe vor der Beendigung des Dienstverhältnisses geschlossen wurde, und zwar unter der Bedingung, dass die Ehe mindestens zwei Jahre vor dem Tode des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin geschlossen wurde, und, falls die Eheschließung nach dem 50. Lebensjahr des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin erfolgte, der Altersunterschied zwischen den Ehegatten nicht mehr als 20 Jahre beträgt. Dies gilt sinngemäß für eingetragene Partnerschaften.
  2. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe wird der Witwen- bzw. Witwerbezug dann gewährt, wenn aus dieser Ehe ein Kind geboren wurde, das im Zeitpunkt des Todes des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin am Leben gewesen ist, oder aber die Witwe zur Zeit des Todes des Ehegatten schwanger war und das nachträglich lebend geborene Kind als ehelich zu gelten hat.
  3. Witwen- bzw. Witwerversorgung gebührt auf Antrag auch dem Ehegatten bzw. der Ehegattin, dessen bzw. deren Ehe mit dem in der kirchlichen Pensionsvorsorge Versicherten für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist, wenn ihm oder ihr der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin bis zur Zeit seines bzw. ihres Todes Unterhalt oder einen Unterhaltsbeitrag auf Grund eines gerichtlichen Urteils, eines gerichtlichen Vergleiches oder einer bei Auflösung der Ehe eingegangenen schriftlichen Verpflichtung zu leisten hatte, letztere, wenn sie hinsichtlich des Datums und der Fertigung gerichtlich oder notariell beglaubigt ist. Hat die frühere Ehegattin bzw. der frühere Ehegatte gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger bzw. die verstorbene geistliche Amtsträgerin nur einen befristeten Anspruch auf Unterhaltsleistung gehabt, so besteht der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung längstens bis zum Ablauf der Frist. Dies gilt sinngemäß für eingetragene Partnerschaften.
  4. Die Hinterbliebenenversorgung darf die Unterhaltsleistung nicht übersteigen, auf die der frühere Ehegatte bzw. die frühere Ehegattin oder der bzw. die Hinterbliebene einer eingetragenen Partnerschaft gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger bzw. die geistliche verstorbene Amtsträgerin an seinem oder ihrem Sterbetag Anspruch gehabt hat.
  5. Die Hinterbliebenenversorgung und die Versorgung des früheren Ehegatten bzw. der früheren Ehegattin oder des früheren eingetragenen Partners bzw. der Partnerin dürfen zusammen jenen Betrag nicht übersteigen, auf den der verstorbene geistliche Amtsträger bzw. die verstorbene geistliche Amtsträgerin Anspruch gehabt hat. Die Versorgung des früheren Ehegatten bzw. der früheren Ehegattin oder des früheren eingetragenen Partners bzw. der Partnerin ist erforderlichenfalls entsprechend zu kürzen. Die Witwen- bzw. Witwerversorgung mehrerer früherer Ehepartner sowie die Hinterbliebenenversorgung sind im gleichen Verhältnis zu kürzen.
  6. Für die kirchliche Zuschusspension für Witwen und Witwer sind für die Abfertigung bei Wiederverhehlung oder das Wiederaufleben der Anwartschaft bei erneuter Witwen- oder Witwerschaft bzw. Scheidung die Bestimmungen des § 265 ASVG anzuwenden. Dies gilt sinngemäß für eingetragene Partnerschaften.

(2)

1. Kinder eines verstorbenen geistlichen Amtsträgers bzw. einer verstorbenen geistlichen Amtsträgerin haben Anspruch auf einen Waisenbezug, wenn der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin am Sterbetag ein Ruhegehalt bezieht oder Anspruch auf Ruhegehalt hätte.
2. Der Waisenbezug gebührt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.
3. Kindern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, gebührt auf Antrag ein Waisenbezug,
  - a) wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder infolge einer schweren Krankheit dauernd außerstande sind, sich ihren Unterhalt selbst zu verschaffen;
  - b) wenn sie in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen oder sich einem ordentlichen Studium widmen, bis zur Beendigung der Ausbildung bzw. des Studiums, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres.

(3) Ein jährlicher Waisenbezug für minderjährige und unversorgte Waisen eines verwitweten Vikars bzw. einer verwitweten Vikarin, wenn sie keinerlei sonstiges Einkommen beziehen, das ihre Versorgung und Erziehung gewährleistet, kann vom Oberkirchenrat A.u.H.B. nach freiem Ermessen festgesetzt werden.

### Höhe

#### § 25

(1) Der Hinterbliebenenbezug beträgt 60 % der Zuschussleistung gemäß § 23 Abs. 6.

(2) Zur Vermeidung von Härtefällen kann der Evangelische Oberkirchenrat A.u.H.B. den Witwen-, Witwer- und Waisenbezug von einer höheren Gehaltsstufe aus festsetzen und berechnen oder eine außerordentliche Einmalzahlung gewähren. Dies gilt sinngemäß für eingetragene Partnerschaften nach EPG.

(3) Die Kinder- und die Ausbildungszulage werden, solange die Voraussetzungen für ihre Gewährung gegeben sind, in vollem Ausmaß ausgezahlt. Sollte eine Witwe bzw. ein Witwer die nötigen Aufwendungen für die Erziehung der aus der Ehe mit dem verstorbenen geistlichen Amtsträger bzw. der geistlichen Amtsträgerin stammenden Kinder nicht bestreiten können, so hat der Oberkirchenrat A.u.H.B. im Einvernehmen mit dem Kirchenpresbyterium A.u.H.B. für die Dauer der besonderen Bedürftigkeit eine weitere Zuwendung bis zur Höhe eines Waisenbezuges zu gewähren.

(4) Der Waisenbezug beträgt für Vollwaisen 40 %, für Halbwaisen 25 % des Ruhegehaltes, auf den der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin im Zeitpunkt des Ablebens Anspruch hatte oder gehabt hätte.

(5) Die Gesamtsumme der Hinterbliebenenbezüge darf nicht höher sein als der Ruhebezug des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin. Innerhalb dieses Höchstausmaßes sind die Anteile der einzelnen Anspruchsberechtigten verhältnismäßig festzusetzen.

(6) Insoweit Pensions- oder Ruhebezüge von Dritten auf ein Ruhegehalt des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin anrechenbar waren oder gewesen wären, trifft dies auch für Hinterbliebenenbezüge zu.

#### § 26

(1) Hinsichtlich der Zuschusspension wird gemäß §§ 8 und 9 Betriebspensionsgesetz der Vorbehalt vereinbart, dass die Verpflichtung zur Leistung der Zuschusspension durch die Kirche als ehemaliger Dienstgeber dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage derart verschlechtert hat, dass die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Die kirchliche Zuschusspension ist der Differenzbetrag zwischen den Leistungen gemäß § 23 Abs. 3 und 4 (insbesondere ASVG-Pension, Deutsche Rente, Pension aus dem Pensionsinstitut) und dem nach § 23 vorliegenden Steigerungsprozentsatz bis auf höchstens 80 % der Bemessungsgrundlage gemäß § 23 Abs. 2.

(3) Wurden Pensionszeiten individuell nachgekauft und ergibt sich dadurch ein höherer ASVG-Pensionsanspruch, so ist bei der Berechnung der kirchlichen Zuschusspension von jener ASVG-Pension auszugehen, die ohne Berücksichtigung der nachgekauften Versicherungszeiten ausbezahlt worden wäre. Bei der Berechnung des Differenzbetrages gemäß § 26 Abs. 2 und der Begrenzung für die jährliche Pensionsanpassung gemäß § 23 Abs. 10 lit. b dürfen die sich aus dem Nachkauf ergebenden höheren Pensionszahlungen nicht berücksichtigt werden.

### § 27

Verstirbt der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin im Ruhestand unter Hinterlassung einer Witwe bzw. eines Witwers, eines eingetragenen Partners bzw. einer eingetragenen Partnerin oder nach dem Sozialversicherungsrecht anspruchsberechtigter Kinder, die noch einen Unterhaltsanspruch gegen den Verstorbenen bzw. die Verstorbene haben, ist für die Dauer von drei Monaten nach dem Tode des Betreffenden bzw. der Betreffenden noch die volle Pension weiterzuzahlen; der jeweilige Hinterbliebenenbezug setzt erst mit dem vierten auf das Ableben folgenden Monat ein.

## 4. Fälligkeiten und Auszahlung

### § 28

(1) Die gesetzlichen Vorgaben des ASVG sind, die Auszahlung betreffend, auch bei der Auszahlung der kirchlichen Zuschusspension anzuwenden. Insbesondere die einschlägigen §§ 105 (Pensions[Renten]sonderzahlungen) und 563 Abs. 3 und 4 (Vorschussleistungen). Das analoge Vorgehen schließt verschiedene Fälligkeiten und daraus resultierende rechtliche Differenzen aus.

(2) Die Pension setzt sich aus der Pension nach den bundesgesetzlichen Regelungen, nach anderen gleichartigen internationalen Bestimmungen, insbesondere der EG-Verordnung 1408/1971, aus der kirchlichen Zuschusspension sowie den Zahlungen des Pensionsinstitutes, welche aus den Beiträgen der Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen gemäß § 21 Abs. 2 (1,5 %) und den freiwilligen Beiträgen der Dienstgeber gemäß § 21 Abs. 4 resultieren, zusammen.

(3) Die Pension ist monatlich im Nachhinein fällig. Im April und Oktober ist je eine Sonderzahlung fällig. Die Höhe der Sonderzahlung gebührt in der Höhe der für den Monat April bzw. Oktober ausbezahlten laufenden Pension. Das Aliquotierungsprinzip entfällt. Jeder, der für April eine Pension erhält, erhält auch die April-Sonderzahlung, jeder, der für Oktober eine Pension erhält, erhält auch die Oktober-Sonderzahlung. Die Sonderzahlungen sind zum 30.4. und zum 31.10. auszuzahlen.

(4) Bei Pensionisten und Pensionistinnen, die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Zahlungen zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, gilt diese Nettovorschusszahlung als für den Sterbemonat erbrachte Leistung. Sie wird im Sterbemonat versteuert.

(5) Bezieher oder Bezieherinnen einer Hinterbliebenenpension als Rechtsnachfolger oder Rechtsnachfolgerinnen eines Pensionisten oder einer Pensionistin, dessen oder deren Anspruch vor dem 1. Jänner 1997 anfiel, erhalten eine Vorschusszahlung in der Höhe der erstmalig zur Auszahlung gelangenden Hinterbliebenenpension, spätestens am Ersten des Kalendermonats, der dem Tod des Pensionsempfängers bzw. der Pensionsempfängerin folgt. Der § 23 ist für die Vorauszahlung außer Acht zu lassen. Basis für die Vorschusszahlung ist die Hinterbliebenenpension, auf die nach diesem Zeitraum Anspruch besteht. Zu Vorschusszahlungen, die spätestens am 1. Mai oder 1. Oktober fällig sind, gebührt eine Sonderzahlung. Die Versteuerung erfolgt gemeinsam mit der ersten Pensionszahlung, entweder als laufende Leistung oder als Sonderzahlung mit festen Sätzen.

(6) Bei Pensionsfällen, die nach dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, gilt das Aliquotierungsprinzip, d.h., dass der auf den Tod folgende Tag der Beginn der Pensionsleistung für den Rechtsnachfolger bzw. für die Rechtsnachfolgerin ist. Hier sind keine Vorschusszahlungen zu leisten. Bei den Sonderzahlungen gilt der für den Monat April und September anfallende laufende Bezug als Basis und ist in gleicher Höhe als Sonderzahlung zum 30.4. bzw. 31.10. auszuzahlen.

### § 29

(1) Die von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und/oder der Bundesversicherungsanstalt Berlin oder anderen Sozialversicherungsträgern an geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Ruhestand ab 1. August 1996 erbrachten oder zu erbringenden Leistungen sind auf die nach früheren kirchlichen Rechtsvorschriften zu erbringenden Leistungen anzurechnen, d.h. die kirchlichen Pensionen verringern sich betragsmäßig um jenen Betrag, den die Leistungen von Pensionsversicherungsanstalten (Sozialversicherungsträger) des Inlandes, des Auslandes und/oder ausländischer Kirchen erbringen.

(2) Erhielt ein geistlicher Amtsträger bzw. eine geistliche Amtsträgerin vor dem 31. Juli 1996 neben den kirchlichen Pensionsbeiträgen oder geleisteten Sozialversicherungsbeiträgen eine Pension eines Sozialversicherungsträgers, ist ihm bzw. ihr bzw. seinen bzw. ihren Hinterbliebenen der durch die Neuregelung eintretende wirtschaftliche Ausfall zu ersetzen.

(3) Soweit Funktionsentschädigungen bisher als Zulagen pensionsfähig waren oder solche Zulagen bereits jetzt mit Berechnungsgrundlage der Pension wären, entfällt die Ruhegenussfähigkeit nur in

dem Umfang, als aktive Dienstzeiten des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin nach dem 1. August 1996 zurückgelegt wurden (Aliquotierungsprinzip).

(4) Die aus der Gehaltsumstellung auf Zahlung im Nachhinein resultierenden Veränderungen gelten hinsichtlich der aktuellen Dienst- und Pensionsverhältnisse mit der Maßgabe, dass die jeweils gegen Monatsende erfolgenden Gehalts-/Pensions-/Bezugsanweisungen als für den Monat der Anweisung erbracht gelten.

### **3. Abschnitt Pension „neu“**

#### **§ 30**

(1) Die Kollektivvertragspartner vereinbaren, dass die Zuschussleistungen zur ASVG-Pension für alle nach dem 1. Jänner 1998 aufgenommenen oder übernommenen oder in das neue Gehaltsschema umgestiegenen Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen durch Beitritt der Evangelischen Kirche A.B. und der Evangelischen Kirche H.B., bzw. der Evangelischen Kirche A.u.H.B. zum Pensionsinstitut der Linz AG, im Folgenden kurz Pensionsinstitut, entsprechend der jeweils geltenden Satzung dieses Instituts, von diesem erbracht werden. Die Satzung des Pensionsinstituts bildet einen Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(2) Die Evangelische Kirche A.u.H.B. verpflichtet sich, zur Deckung der Leistungen des Pensionsinstituts 6 % der in den in § 21 Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage des Dienstnehmers bzw. der Dienstnehmerin monatlich an das Pensionsinstitut zu leisten.

(3) Jeder Dienstnehmer und jede Dienstnehmerin, der bzw. die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A.B., zur Evangelischen Kirche H.B., oder zur Evangelischen Kirche A.u.H.B. aufgenommen oder übernommen worden ist, hat monatlich 1,5 % der in den in § 21 Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut zu leisten.

(4) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Dienstnehmers oder einer Dienstnehmerin aus dem Dienst der Evangelischen Kirche in Österreich gelten für die Leistungsansprüche die betreffenden Bestimmungen der Satzung des Pensionsinstituts.

### **Teil V Evangelischer Versorgungs- und Unterstützungsverein (EVU)**

#### **§ 31**

Die Dienstgeber bilden für Leistungen an den Evangelischen Versorgungs- und Unterstützungsverein entsprechende Rücklagen.

### **Teil VI Schlussbestimmungen**

#### **§ 32**

(1) Der Kollektivvertrag 2025 tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft.

(2) Alle kollektivvertraglichen Ansprüche gegenüber der Kirche A.B. oder der Kirche H.B. sind mit 1. Jänner 2025 auf die Kirche A.u.H.B. übergegangen.

Wien, am 6. Mai 2025

#### **Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B.**

Bischof  
Mag. Michael Chalupka  
Vorsitzender

Landessuperintendent Pfarrer  
Mag. Thomas Hennefeld  
Vorsitzenderstellvertreter

#### **Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Österreich**

PfarrerIn  
Mag.<sup>a</sup> Iris Haidvogel  
Obfrau

Pfarrer  
Mag. Harald Kluge  
Vorstandsmitglied

### Anlage Überblick über Zulagen und Beiträge

ZULAGEN	
<b>Administrationszulage</b> (§ 11)	EUR 39,10 pro Einheit
<b>Ausbildungszulage</b> (§ 9 Abs. 4)	EUR 240,80 monatlich
<b>Belastungszulage</b> (§ 10 a)	EUR 85,50 pro Monatswochenstunde
<b>Funktionszulagen</b> (§ 12)	
Senioren und Seniorinnen	EUR 249,10
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen, Landessuperintendent/Landessuperintendentin	EUR 794,60
Bischof/Bischöfin	EUR 1.588,90
<b>Kinderzulage</b> (§ 8 Abs. 8)	
allgemeine Kinderzulage	EUR 78,20 monatlich
Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in Ausbildung	EUR 125,10 monatlich
<b>Trennungszulage</b> (§ 10 Abs. 1)	EUR 5,15 pro Tag
AUSLAGENERSATZ	
<b>Wohnungsunterstützungszuschuss</b> (§ 13)	EUR 500,00 monatlich
bei notwendiger Selbstanmietung	max. EUR 1.000,00 monatlich
SPITALSKRANKENFÜRSORGE	
<b>Jahresbeitrag</b> (§ 20 Abs. 2 lit. a)	EUR 205,44 jährlich
HÖCHSTBETRAG RUHEGEHALT (§ 23)	
<b>Höchstbetrag</b>	EUR 4.556,71 monatlich
<b>Witwen, Witwer, Partner</b>	EUR 2.734,03 monatlich
<b>Vollwaisen</b>	EUR 1.822,68 monatlich
<b>Halbwaisen</b>	EUR 1.139,18 monatlich

(Zl. RE-KIG22-002476/2025)

### Nr. 67

#### Kirchenbeitrags- und Finanzausgleichsordnung – Amtswegige Berichtigungen

Folgende Berichtigungen der Kirchenbeitrags- und Finanzausgleichsordnung, ABl. Nr. 50/1986 idgF, werden vorgenommen:

1. In **§ 3 Abs. 1**, **§ 3 Abs. 3**, **§ 12 Abs. 1a** und **§ 22 Abs. 3** wird jeweils die Wortfolge „dieser Ordnung“ gestrichen.
2. In **§ 7 Abs. 3** wird die Zeichenfolge „(Art. 119 Abs. 4 Kirchenverfassung)“ durch die Zeichenfolge „(Art. 119 Abs. 4 KV)“ ersetzt.
3. In **§ 7 Abs. 5** wird die Zeichenfolge „§ 11 bis § 14“ durch die Zeichenfolge „§ 12 bis § 14“ ersetzt.
4. In **§ 12 Abs. 1** wird nach der Zeichenfolge „§ 11“ die Wortfolge „dieser Ordnung“ gestrichen.
5. In **§ 12 Abs. 1a** wird nach der Wortfolge „Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG)“ folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
6. In **§ 12 Abs. 5** wird die Zeichenfolge „Art. 25 Kirchenverfassung“ durch die Zeichenfolge „Art. 25 KV“ ersetzt.

7. In **§ 13 Abs. 1** wird die Zeichenfolge „§ 12 Abs. 1 und 2 dieser Ordnung“ durch folgende Zeichenfolge „§ 12 Abs. 1 und Abs. 2“ ersetzt und nach der Zeichenfolge „§ 12 Abs. 3“ die Wortfolge „dieser Ordnung“ gestrichen.
8. In **§ 14 Abs. 1 S. 2** wird nach der Wortfolge „Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG)“ folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
9. In **§ 14 Abs. 1 S. 4** wird nach der Wortfolge „Bauern-Sozialversicherungsgesetz“ folgende Zeichenfolge eingefügt „(BSVG) idgF“.
10. In **§ 16 Abs. 2** wird die Zeichenfolge „(§ 2)“ durch folgende Zeichenfolge „(§ 3)“ ersetzt.
11. In **§ 16 Abs. 3** wird die Zeichenfolge „(§ 16 Abs. 2 2. Absatz)“ durch folgende Zeichenfolge „(§ 16 Abs. 2 2. Satz)“ ersetzt.
12. In **§ 30 Abs. 3** wird die Zeichenfolge „(Art. 110 Abs. 1 Z 8 und Abs. 3 der Kirchenverfassung)“ durch folgende Zeichenfolge „(Art. 110 Abs. 1 Z 8 und Abs. 3 KV)“ ersetzt.
13. In **§ 31 Abs. 1** wird die Zeichenfolge „§ 28, § 29 und § 30“ durch folgende Zeichenfolge „§ 28“ ersetzt.

(Zl. RE-KIG07-002478/2025)

---

### Nr. 68

#### Kirchenbeitragsverordnung – Amtswegige Berichtigungen

Folgende Berichtigungen der Kirchenbeitragsverordnung 2016, ABl. Nr. 219/2015 idgF, werden vorgenommen:

1. In **§ 2 Abs. 1 lit. b** wird die Zeichenfolge „§ 3 Abs. 1 Z. 1, 2, 3 a, 3 e, 4 a, 4 c, 4 e, 4 f, 5, 9 bis 11, 15 b, 15 c, 16 a, 22 b, 30, 32 Einkommensteuergesetz 1988“ durch folgende Zeichenfolge ersetzt „§ 3 Abs. 1 Z 1, 2, 3 a, 3 e, 4 a, 4 c, 4 e, 4 f, 5, 9 bis 11, 15 b, 15 c, 16 a, 22 b, 30, 32 EStG 1988 idgF“.
2. In **§ 2 Abs. 1 S. 2** wird die Wortfolge „Einkommensteuergesetz 1988“ durch folgende Zeichenfolge ersetzt „EStG 1988 idgF“.
3. In **§ 3 Abs. 1** wird nach der Zeichenfolge „§ 30 ff EStG 1988“ folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
4. In **§ 4 Abs. 2** wird nach der Wortfolge „Bauern-Sozialversicherungsgesetzes (§ 23 Abs. 2)“ folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
5. In **§ 5 lit. a** wird nach der Wortfolge „Angestelltengesetzes“, „Arbeiterabfertigungsgesetzes“ und „betrieblichen Mitarbeiter- und Selbstständigenvorsorgegesetz“ jeweils folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
6. In **§ 5 lit. b** wird die Zeichenfolge „§§ 24, 37 Abs. 1 und 5 Einkommensteuergesetz 1988“ durch folgende Zeichenfolge ersetzt „§§ 24, 37 Abs. 1 und 5 EStG 1988 idgF“.
7. In **§ 7 Abs. 3** wird nach der Zeichenfolge „§ 8 Abs. 5 Familienlastenausgleichsgesetz“ folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.
8. In **§ 7 Abs. 4** wird nach der Zeichenfolge „§ 33 Abs. 4 EStG 1988“ und „§ 33 Abs. 6 Z 1 EStG 1988“ jeweils folgende Zeichenfolge eingefügt „idgF“.

(Zl. RE-KIG21-002479/2025)

---

### Nr. 69

#### Dienstordnung 2012 für die bei der Evangelischen Kirche beschäftigten Dienstnehmer – Amtswegige Berichtigungen

Folgende Berichtigungen der Dienstordnung 2012, ABl. Nr. 153/2012 idgF, werden vorgenommen:

1. In **§ 30 Abs. 5** wird nach der Wortfolge „Einkommensteuergesetzes 1988“ die Zeichenfolge „idgF“ ergänzt.
2. In **§ 32** wird die Überschrift „Kirchliche Zuschusspension“ durch die Wortfolge „Betriebliche Zusatzpension“ ersetzt.

(Zl. RE-KIG18-002481/2025)

**Nr. 70****Durchführungsverordnung zu § 14 Dienstordnung 2003 (Sonderurlaubs-Verordnung 2003) – Amtswegige Berichtigung**

Folgende Berichtigung der Durchführungsverordnung zu § 14 Dienstordnung 2003 (Sonderurlaubs-Verordnung 2003), ABl. Nr. 204/2002 idgF, wird vorgenommen:

Die Überschrift „Durchführungsverordnung zu § 14 Dienstordnung 2003 (Sonderurlaubs-Verordnung 2003“ wird durch die Wortfolge „Durchführungsverordnung zu § 15 Dienstordnung 2012 (Sonderurlaubs-Verordnung 2003)“ ersetzt.

*(Zl. RE-KIG21-002483/2025)*

---

**Nr. 71****Richtlinien zur Anstellung von JugendpfarrerInnen und JugendreferentInnen im Bereich der Evangelischen Jugend Österreich – Amtswegige Berichtigung**

Folgende Berichtigung der Richtlinien zur Anstellung von JugendpfarrerInnen und JugendreferentInnen im Bereich der Evangelischen Jugend Österreich, ABl. Nr. 74/2007 idgF, wird vorgenommen:

In Z 8 wird die Wortfolge „Dienstordnung 2003“ durch die Wortfolge „Dienstordnung 2012“ ersetzt.

*(Zl. RE-KIG21-002482/2025)*

---

**Nr. 72****Erscheinungsdaten der nächsten Ausgaben des Amtsblattes für die Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich**

Untenstehend zur Information die Erscheinungsdaten des kirchlichen Amtsblattes in den Sommermonaten:

Jahrgang 2025, 6. Stück

(Amtsblatt Juni)

Veröffentlichung am 1. Juli 2025

Redaktionsschluss: 15. Juni 2025

Jahrgang 2025, 7. Stück

(Amtsblatt Juli und August)

Veröffentlichung am 1. September 2025

Redaktionsschluss: 14. August 2025

Jahrgang 2025, 8. Stück

(Amtsblatt September)

Veröffentlichung am 1. Oktober 2025

Redaktionsschluss: 15. September 2025

Bitte bedenken Sie diese Termine für die rechtzeitige Übermittlung von Stellenausschreibungen, Kollektenaufrufen und sonstigen Amtsblatteinträgen.

*(Zl. OA-PUB02-002520/2025)*

## Kundmachungen des Oberkirchenrates A.B.

### Nr. 73

#### Diözesane Stellenverteilungskonzepte

Die diözesanen Stellenverteilungskonzepte der Evangelischen Superintendenzen wurden veröffentlicht unter:

für die Evangelische Superintendenz A.B. Burgenland  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58370.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Kärnten und Osttirol  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58371.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Niederösterreich  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58372.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Oberösterreich  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58373.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Salzburg und Tirol  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58374.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Steiermark  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58375.pdf>

für die Evangelische Superintendenz A.B. Wien  
<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58376.pdf>

(Zl. RE-KIG21-002119/2024)

---

### Nr. 74

#### Einhebegebührenverordnung 2018 – Amtswegige Berichtigung

Folgende Berichtigung der Einhebegebührenverordnung 2018, ABl. Nr. 208/2016 idGF, wird vorgenommen:

In **§ 3 Abs. 1** wird die Zeichenfolge „§ 28 Abs. 3 KbFaO“ durch die Zeichenfolge „§ 28 Abs. 4 KbFaO“ ersetzt.

(Zl. RE-KIG21-002492/2025)

---

### Nr. 75

#### Amtshandlungsverordnung – Amtswegige Berichtigungen

Folgende Berichtigungen der Amtshandlungsverordnung, ABl. Nr. 96/1996 idGF, werden vorgenommen:

1. Bei dem Text unter der Überschrift „1. Voraussetzungen“ wird in **Satz 15** das Wort „Pate“ durch die Wortfolge „Patinnen und Paten“ ersetzt.
2. Bei dem Text unter der Überschrift „2. Die Taufe“ wird in **Satz 15** das Wort „Konfirmanden“ durch die Wortfolge „Konfirmandinnen und Konfirmanden“ ersetzt.
3. Bei dem Text unter der Überschrift „4. Die Hochzeit“ anlässlich einer vor dem Staat geschlossenen Ehe wird in **Satz 8** das Wort „Zeugen“ durch die Wortfolge „Zeuginnen und Zeugen“ ersetzt.
4. In **§ 8** wird das Wort „Partner“ durch die Wortfolge „Partnerinnen und Partner“ ersetzt.

(Zl. RE-KIG21-002485/2025)

## Personalia

### Wahlergebnisse

#### Nr. 76

#### Wahl von Mag.<sup>a</sup> Andrea Fiorella Mattioli zur Superintendentin

Die Superintendentialversammlung der Evangelischen Superintendentenz A.B. Kärnten und Osttirol hat Mag.<sup>a</sup> Andrea Fiorella Mattioli am 26. April 2025 zur Superintendentin gewählt. Mag.<sup>a</sup> Andrea Fiorella Mattioli tritt ihr Amt am 1. Dezember 2025 an.

(Zl. GD-SUP01-002057/2024)

### Ordinationen, Ermächtigungen und abgelegte Prüfungen

#### Nr. 77

#### Amtsprüfung vom 5. Mai 2025

Nachstehende Pfarramtskandidat/inn/en haben durch die vor der Prüfungskommission des Evangelischen Oberkirchenrates A.u.H.B. am 5. Mai 2025 abgelegte Amtsprüfung die Befähigung zur Ausübung des geistlichen Amtes erlangt:

Gösta Gehring, MTh  
Anna-Elisabeth Henheik, MTh  
Thomas Kutsam, MTh MA  
Leopold Potyka, MTh

(Zl. BI-PRSO2-001043/2023)

#### Nr. 78

#### Ergänzungsprüfung nach § 13 OdgA

Dipl.-Theol.<sup>in</sup> Bettina Növer hat die Ergänzungsprüfung in den Fächern „Österreichische Kirchengeschichte“ und „Österreichisches Kirchenrecht“ am 5. Mai 2025 mit „ausgezeichnetem Erfolg“ bestanden.

(Zl. BI-PRSO2-002469/2025)

### Stellenausschreibungen A.B.

#### Allgemeiner Hinweis zu den Ausschreibungen

Bewerber/innen auf Pfarrstellen, die mit Erteilung des Religionsunterrichts verbunden sind, werden gebeten, bzgl. einer notwendigen Online-Bewerbung bei der jeweiligen Bildungsdirektion den Kontakt mit der zuständigen Fachinspektorin/dem zuständigen Fachinspektor für den evangelischen Religionsunterricht aufzunehmen.

**Nr. 79**  
**Ausschreibung (erste) der 85%-Teilpfarrstelle der**  
**Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Bad Aussee – Stainach-Irdning**

Die 85%-Teilpfarrstelle (mit sieben Stunden Religionsunterricht) der Evangelischen Pfarrgemeinde Bad Aussee – Stainach-Irdning wird per 1. September 2025 zur Besetzung ausgeschrieben.

Über Krankenhauseelsorge für das Diakoniewerk (derzeit in der Klinik Diakonissen Schladming) oder durch Übernahme von drei weiteren RU-Stunden in der kirchlichen Nachbarschaft kann sie auf eine volle Pfarrstelle ergänzt werden.

Die Pfarrstelle umfasst geografisch das Gebiet des steirischen Salzkammergutes mit Bad Aussee, Altaussee, Grundlsee, Bad Mitterndorf bis ins Ennstal mit Stainach, Irdning, das Donnersbachtal, Aigen und Wörschach. Wir haben sonntägliche Gottesdienste in Bad Aussee, saisonal ebenfalls in Bad Mitterndorf, sowie am ersten, zweiten und vierten Sonntag in Stainach, und am dritten Sonntag in Irdning (Kultursaal). Die Gemeinde betreut die diözesane Kirchengedenkstätte Neuhaus in Trautenfels. Im Sommer feiern wir (auch ökumenische) Gottesdienste und Andachten. Diese werden abwechselnd in Absprache mit den regionalen evangelischen Pfarrgemeinden gestaltet.

**Wer sind wir?**

- Wir sind seit 2018 eine fusionierte Diasporagemeinde mit rund 850 Mitgliedern in zwei Sprengeln, Bad Aussee und Stainach-Irdning.
- Die Region unserer Pfarrgemeinde ist speziell im Sprengel Bad Aussee stark geprägt vom Tourismus (Winter und Sommer) sowie von Land- und Forstwirtschaft. Die Gegend ist reich an Naturschauplätzen mit Seen und Bergen und hat von jeher Künstler inspiriert. Auch im Sprengel Stainach gibt es touristische Möglichkeiten für Sommer- und Winteraktivitäten, zudem ist Stainach mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar (Bahnknotenpunkt). Mit dem Gymnasium in Stainach gibt es eine höhere Schule ab der Unterstufe und in der näheren Umgebung (Liezen) befinden sich eine HAK und eine Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik sowie die HBLFA Raumberg-Gumpenstein in Irdning.
- Die Evangelische Pfarrgemeinde Bad Aussee – Stainach-Irdning umfasst heute drei Kirchen (eine in Bad Aussee, eine in Bad Mitterndorf und eine in Stainach) sowie zwei Pfarrhäuser (eines in Bad Aussee, das andere in Stainach).
- Die Pfarrgemeinde hat derzeit fünf Lektor/inn/en (ein Lektor mit allen Kasualien, eine Lektorin mit dem Sakrament des Abendmahls), einen kleinen Kirchenchor in Stainach, zwei Personen, die den Orgeldienst übernommen haben und engagierte Gemeindevertreter/innen, die schon Teile des Konfirmand/inn/enunterrichts übernommen haben. Es existieren zwei Kindergruppen (in jedem Sprengel einer) mit engagierten Leiterinnen, ein Gebets- und Bibelkreis in Stainach, Senior/inn/enkreise in beiden Sprengeln sowie ein ökumenischer Frauenkreis in Bad Aussee.
- Das Verhältnis zu den katholischen Pfarrgemeinden ist gut bis freundschaftlich. Es finden auch regelmäßig ökumenische Veranstaltungen statt. Die Kontakte zu den politischen Entscheidungsträgern sind ebenfalls gut.
- Es bestehen Kontakte zu den Nachkommen der ehemals Vertriebenen in der Gegenreformation und eine Partnerschaft zu den evangelischen Gemeinden in Budapest und Iklad.

**Wen suchen wir?**

- Wir wünschen uns eine Pfarrerin oder einen Pfarrer, die/der das seelsorgerische Wohl und die gottesdienstlichen Aufgaben unserer Pfarrgemeinde wahrnimmt und frischen Schwung in die Pfarrgemeinde bringt.
- Durch Förderung von Talenten erwarten wir eine Verbesserung der Gemeindestruktur und des Bewusstseins der missionarischen Verantwortung.
- Haus- und Krankenbesuche sollen durchgeführt werden.
- Religionsunterricht an den unterschiedlichen Schulen in der Pfarrgemeinde (BORG und HLW Bad Aussee, BG und BRG Stainach) im Ausmaß von sieben Wochenstunden ist zu erteilen. Teilweise findet derzeit kein evangelischer Religionsunterricht mangels Religionslehrer/innen statt.
- Intensivierung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.
- Da es viele gemischtkonfessionelle Familien gibt, ist eine entsprechende Betreuung in ökumenischer Gesinnung wichtig. Auch die Fortsetzung der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den evangelischen Nachbargemeinden (gemeinsame Gemeindezeitung, regionale Veranstaltungen)

tungen) sowie die Weiterführung der bestehenden guten ökumenischen Beziehungen werden erwartet.

### Was bieten wir?

- Wir bieten eine Pfarrwohnung in Bad Aussee mit rund 120 m<sup>2</sup> Wohnfläche in ruhiger Lage, der Garten rund um das Pfarrhaus steht zur Verfügung. Das Stadtzentrum von Bad Aussee ist fußläufig zu erreichen.
- Für die Ehepartnerin oder den Ehepartner ergeben sich in der Region viele Arbeitsmöglichkeiten: im Tourismus, im Schulbereich, im Gesundheitswesen (Bad Aussee mit LKH und AMEOS-Klinik, verschiedene Alters- und Pflegeheime), in Kureinrichtungen (Thermen in Bad Aussee und Bad Mitterndorf), in unterschiedlichsten Betrieben in unserer Region. Im Sprengel Stainach bieten sich Arbeitsmöglichkeiten im Lebensmittelbereich (Molkerei, Landena) sowie in der landwirtschaftlichen Forschung (Raumberg-Gumpenstein) an.
- Das Team der Ehrenamtlichen freut sich auf eine gemeinsame Arbeit für die Menschen in unserer Gemeinde.

**Bewerbungen** sind bitte **bis 30. Juni 2025** an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Bad Aussee – Stainach-Irdning, E-Mail: [pg.aussee-stainach-irdning@evang.at](mailto:pg.aussee-stainach-irdning@evang.at) zu richten.

Telefonische Auskünfte erteilt: Kuratorin Dipl.-Ing. Waltraud Hein, Tel. 0664 514 13 52

(Zl. GD-PGD008-002459/2025)

## Nr. 80 Ausschreibung (zweite) der 50%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.u.H.B. Berndorf

Die 50%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Berndorf wird mit 1. September 2025 zur Besetzung ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde Berndorf im südlichsten Teil des Wienerwaldes besteht seit 1927 und zählt ungefähr 640 Seelen. Unser Pfarrgebiet entspricht dem 30 km langen Triestingtal mit den politischen Gemeinden Berndorf, Enzesfeld-Lindabrunn, Hirtenberg, Hernstein, Pottenstein, Weissenbach, Furth und Altenmarkt (insgesamt etwa 25.500 Einwohner). Die Dreieinigkeitskirche in der „Kruppstadt“ Berndorf (Stilklassen, Besteckerzeugung) liegt etwa in der Mitte des Pfarrgemeindegebiets.

Das Triestingtal – zwischen der Thermenregion und dem Beginn des Alpenvorlandes – lockt mit Ruhe und landschaftlicher Schönheit. Mit seiner Nähe zur Kurstadt Baden und der Bundeshauptstadt Wien einerseits und den Wiener Alpen andererseits sind die Angebote urbanen Lebens und reizvoller Berg- und Wanderlandschaft gleichermaßen schnell und gut erreichbar.

### Die Pfarrgemeinde Berndorf freut sich auf eine Pfarrerin/einen Pfarrer, die/der:

- die Gemeindemitglieder seelsorgerlich betreut;
- das Gemeindeleben fördert und ausbaut;
- Gottesdienste mit der Pfarrgemeinde in Berndorf (ersten und dritten Sonntag im Monat und an Feiertagen), in der Spitalskirche in Enzesfeld (zweiten Sonntag im Monat, ausgenommen Jänner, Feber, Juli und August sowie an Feiertagen) und im Pflege- und Betreuungszentrum Berndorf (monatlich) feiert;
- Religionsunterricht im Ausmaß von vier Wochenstunden am Gymnasium Berndorf sowie an weiteren Schulen des Gemeindegebietes hält;
- ehrenamtlich Mitarbeitende anspricht, fördert und begleitet;
- diverse Kreise (z.B. Bibelrunde) initiiert, leitet und begleitet;
- die Häftlinge in der Justizanstalt Hirtenberg seelsorgerlich betreut;
- die Pfarrkanzlei leitet;
- die guten ökumenischen Kontakte fortführt und pflegt;
- sowie die Pfarrgemeinde im öffentlichen Leben vertritt.

### Was erwartet Sie in der Pfarrgemeinde Berndorf? Worauf können Sie sich freuen?

- Ein Lektor mit Kasualienberechtigung und ein weiterer mit der Berechtigung zur Predigt werden Sie unterstützen.

- Ein Team engagierter ehrenamtlicher Mitarbeitender steht an Ihrer Seite und freut sich auf die gemeinsame Arbeit für unsere Gemeinde.
- Eine angestellte Mitarbeiterin (8,5 Wochenstunden) unterstützt Sie bei den Tätigkeiten in der Pfarrkanzlei.
- Die Einhebung des Kirchenbeitrags wird von einer ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterin gemeinsam mit der Sekretariatskraft wahrgenommen.
- Die Dreieinigkeitskirche wurde 1961 errichtet und 1980 um einen großen Saal erweitert. Dieser dient einerseits dem Gemeindeleben, steht aber im Sinne der Tradition einer offenen Gemeinde auch Dritten zur Verfügung (Ausstellungen, Senior/inn/entanz, Jugendtheatergruppe). 2009 wurde eine Pfarrkanzlei neu angebaut.
- Die Spitalskirche in Enzesfeld gehört der politischen Gemeinde Enzesfeld-Lindabrunn und steht aufgrund einer Nutzungsvereinbarung für Gottesdienste zur Verfügung.
- Im großen Garten der Pfarrgemeinde (Pflege und Betreuung durch ehrenamtlich Mitarbeitende) steht Ihnen ein zweigeschoßiges Pfarrhaus mit ungefähr 126 m<sup>2</sup> Wohnfläche und Blick über Berndorf zur Verfügung. Das Pfarrhaus wurde 2009 in Passivbauweise errichtet, wird mittels Erdwärme beheizt und wurde unlängst innen renoviert. Stadtzentrum und Bahnhof sind in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar.
- In der Stadt Berndorf finden Sie zahlreiche Geschäfte, Supermärkte und ärztliche Versorgung sowie Kindergärten, Volksschule, Neue Mittelschule und ein Gymnasium.

**Bewerbungen sind bis 30. Juni 2025** an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A.u.H.B. Berndorf, Pottensteiner Straße 20, 2560 Berndorf, E-Mail: [pg.berndorf@evang.at](mailto:pg.berndorf@evang.at) zu richten.

Weitere Informationen erteilen Ihnen gerne der derzeitige Administrator, Pfarrer Mag. Rainer Gottas (E-Mail: [rainer.gottas@evang.at](mailto:rainer.gottas@evang.at), Tel. 0699 188 77 390), sowie Kurator Mag. Reinhard Metz (E-Mail: [kur.berndorf@evang.at](mailto:kur.berndorf@evang.at), Tel. 0676 580 69 97).

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

(Zl. GD-PGD018-002460/2025)

---

**Nr. 81**  
**Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der**  
**Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Kirchdorf an der Krems**

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde Kirchdorf an der Krems wird mit 1. September 2025 zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde Kirchdorf an der Krems ist eine dynamische Gemeinde im südlichen Teil von Oberösterreich. Das Gemeindegebiet umfasst in etwa den politischen Bezirk Kirchdorf mit 23 Gemeinden. Die Gesamtgemeinde hat ungefähr 1.000 Mitglieder und gliedert sich in die Muttergemeinde Kirchdorf an der Krems (ca. 700 Mitglieder) und die Tochtergemeinde Windischgarsten (ca. 300 Mitglieder).

**Das Aufgabengebiet umfasst:**

- Gottesdienste in Kirchdorf an der Krems und Windischgarsten;
- Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden an AHS und BHS;
- Seelsorge und Begleitung Mitarbeitender;
- Zusammenarbeit mit Schloss Klaus und anderen christlichen Werken und Vereinen im Pfarrgemeindegebiet;
- Konfirmand/inn/enunterricht in Zusammenarbeit mit dem Vorbereitungsteam.

**Mitarbeitende:**

- Hauptamtliche Religionslehrer/innen
- Die Situation der Pfarrgemeinde zeichnet sich durch eine große Anzahl ehrenamtlich Mitarbeitender in verschiedenen Arbeitsbereichen sowie von mehreren aktiven Lektor/inn/en aus.

**Sonstiges:**

Das Pfarrhaus in Kirchdorf an der Krems mit 160 m<sup>2</sup> Wohnfläche ist neu renoviert. Ebenso sind beide Kirchengebäude (in Kirchdorf an der Krems und Windischgarsten) renoviert.

**Bewerbungen** richten Sie bitte **bis 16. Juni 2025** an Pfarrgemeindegurator Dr. Martin Binder, Tel. 0664 917 64 16, E-Mail: [dr.martin.binder@medway.at](mailto:dr.martin.binder@medway.at).

Weitere Informationen finden Sie auf den Webseiten: <https://evang-kirchdorf.at/> und <https://evang-windischgarsten.at/>

(Zl. GD-PGDo80-002335/2025)

## Nr. 82

### Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Traun

Die Evangelische Pfarrgemeinde Traun schreibt per 1. September 2025 ihre Pfarrstelle zur Neubesetzung aus.

Die Pfarrgemeinde zählt 1.380 Gemeindeglieder und umfasst das Gebiet der Stadt Traun sowie Teile der Gemeinden Leonding, Pasching und Hörsching. Unsere Pfarrgemeinde besteht seit 1914 und ist seit 1921 eigenständig. Zur Muttergemeinde Traun gehört auch die Tochtergemeinde Haid mit 500 Gemeindegliedern.

#### Wer wir sind:

„Gottes Liebe für uns alle, ablesbar an dir und mir“, so lautet der Leitspruch unserer vielseitigen, engagierten Gemeinde. Als Tau(f)tropfengemeinde versuchen wir auch über den Einstieg bei den Jüngsten, alle Altersgruppen für unser Gemeindeleben zu gewinnen. Mit Jungschar, Teenie-Kreis, Frauen-Gesprächskreis, Senior/inn/enkreis usw. bieten wir ergänzend ein abwechslungsreiches Angebot.

Musik nimmt in unseren Gottesdiensten, aber auch darüber hinaus, einen wesentlichen Platz ein. Dazu tragen u.a. Kirchenchor und Musikteam bei.

Unser Gemeindezentrum (Kirche, Pfarrhaus, Gemeindegemeinschaftssaal, Jugendbereich und weitere Räumlichkeiten) mit dem großen Pfarrgarten mitten in der Stadt lädt zur Begegnung ein und bietet darüber hinaus einen Ort der Ruhe und Besinnung.

Offenheit, Flexibilität, Freude und Mut sind uns selbstverständlich.

#### Aufgaben und Schwerpunkte der Pfarrstelle:

- Die Wahrnehmung sämtlicher pfarramtlicher Aufgaben, insbesondere Gottesdienste, Kasualien, Seelsorge, Konfirmand/inn/enunterricht, Besuchsdienst, Begleitung von Gruppen und Kreisen.
- Die Abhaltung von wöchentlichem Religionsunterricht im Ausmaß von acht Wochenstunden.

#### Wir wünschen uns:

- Freude an der Tätigkeit und eine positive Grundeinstellung für einen guten gemeinsamen Weg;
- kommunikative Stärke (im Zuhören wie im Reden) im Umgang mit Menschen und in der Vermittlung von Glaubensinhalten;
- Flexibilität, Eigeninitiative, und Gestaltungsfreude, speziell auch im Aspekt der Gemeindeentwicklung;
- Kontaktfreude und Teamfähigkeit;
- Kooperationsbereitschaft, auch über die Gemeindegrenze hinaus – Ökumene;
- ein offenes Herz für Menschen in allen Alters- und Lebenslagen;
- Feingefühl für die besonderen Bedürfnisse junger Menschen.

#### Wir bieten:

- ein abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld, das Spielraum für Eigeninitiative und Gestaltung bietet;
- Unterstützung durch ein engagiertes Team ehrenamtlich Mitarbeitender;
- sehr gute räumliche, technische und organisatorische Arbeitsbedingungen;
- eine Dienstwohnung im Ausmaß von 142 m<sup>2</sup> im ersten Stock des Pfarrhauses mit Terrasse, Kellerabteil und Garage sowie Nutzung des dazugehörigen Gartens;
- einen Arbeitsort im Stadtzentrum im Nahebereich von Pflichtschulen und höheren Schulen;

- eine gute Infrastruktur;
- Angebote im Bereich Bildung und Kultur direkt in Traun und in der nahegelegenen Stadt Linz sowie die Nähe zu diversen Freizeiteinrichtungen;
- ein täglich besetztes Pfarramtsbüro mit einer erfahrenen Sekretärin;
- Unterstützung bei der Vorbereitung und Gestaltung der Gottesdienste durch vier Lektoren und einen großen Kreis engagierter ehrenamtlich Mitarbeitender;
- ein sehr aktives, engagiertes Kinder-Gottesdienst-Team;
- einen attraktiven Gemeindebrief, Homepage und vieles mehr.

Ihre **Bewerbung** richten Sie bitte **bis spätestens 30. Juni 2025** an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Traun, Dr.-Knechtel-Straße 31, 4050 Traun, Tel. 07229 725 81, E-Mail: [pg.traun@evang.at](mailto:pg.traun@evang.at).

*(Zl. GD-PGD195-002322/2025)*

## Bestellungen und Zuteilungen A.B.

### Nr. 83

#### Bestellung von Mag. Dr. Gernot Hochhauser

Mag. Dr. Gernot Hochhauser wurde gemäß § 31 Abs. 2 OdgA mit Wirkung vom 1. Jänner 2025 zum Dienst eines Pfarrers auf die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Liezen-Admont – Rottenmann bestellt.

*(Zl. P 2059; 171/2025 vom 8. Mai 2025)*

## Todesfälle

### Nr. 84

#### Pfarrer i.R. Mag. Martin Leidig

Der Herr über Leben und Tod hat Herrn

#### Pfarrer i.R. Mag. Martin Leidig

geboren am 22. Feber 1933 in Wien, am Freitag, den 9. Mai 2025, im 93. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit berufen.

Für seinen Dienst in unserer Kirche danken wir Gott und drücken seiner Familie unsere Anteilnahme aus. Die Würdigung des Lebens und Wirkens des Verstorbenen findet sich im Amtsblatt 1998 auf Seite 96 anlässlich seines Übertritts in den Ruhestand.

*(Zl. P 1481; 175/2025 vom 12. Mai 2025)*

## Mitteilungen

### Nr. 85 Diakonienpreis 2025 der Evangelischen Kirche A.u.H.B.

Die Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich lädt ihre Pfarrgemeinden und die Mitglieder der Diakonie Österreich ein, Projekte für den Diakonienpreis vorzuschlagen. Es können eigene Projekte sowie Projekte anderer vorgeschlagen werden. Zusätzlich können die Mitglieder des Kirchenpresbyteriums A.u.H.B., die Superintendentialausschüsse A.B. und der Oberkirchenrat H.B. Projekte nominieren.

Die Vergabe des Diakonienpreises soll:

- das diakonische Engagement der Evangelischen Kirchen in Werken und Einrichtungen sowie insbesondere in Pfarrgemeinden sichtbar machen und würdigen;
  - den Mut, die Kreativität und die Ausdauer stärken, soziale Probleme vor Ort und nachhaltig zu bearbeiten;
  - die Aussage der Generalsynode: „Kirche ist wesentlich diakonisch“ noch tiefer im Leben der Kirche verankern.
1. Die Evangelische Kirche A.u.H.B. fördert durch die Auslobung eines Diakonienpreises die diakonische Arbeit von Kirche und Diakonie.
  2. Der **Diakonienpreis 2025** wird in der Höhe von **EUR 10.000** vergeben und heuer von der Erste Bank zur Verfügung gestellt.
  3. Für die Zuerkennung dieses Preises sind ausschlaggebend:
    - a) die Einbettung des Projektes in die Sozialstrukturen vor Ort (Sozialraumorientierung)
    - b) die gestaltete Kommunikation mit den kirchlichen und öffentlichen Partnern
    - c) die Nachhaltigkeit und Kontinuität des Projektes.
  4. Die Zusammenarbeit zwischen Pfarrgemeinden und diakonischen Einrichtungen und Werken ist erwünscht.
  5. Teilnahmeberechtigt sind Pfarrgemeinden, diakonische Werke, Vereine und Initiativen im Rahmen der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich.
  6. Der Vorschlag kann formlos erfolgen. Die Begründung soll sich auf die Ziele des Diakonienpreises beziehen und nicht länger als zwei Seiten sein.
  7. Die Vorschläge sind **bis 31. Oktober 2025 per E-Mail an [bischof@evang.at](mailto:bischof@evang.at)** zu senden.
  8. Die Jury, die den Preis vergibt, besteht aus dem Vorsitzenden des Evangelischen Oberkirchenrates A.u.H.B., der Vorsitzenden der Kommission für Diakonie, globale Verantwortung und Weltmission der Generalsynode, einer Vertreterin/einem Vertreter der Diakonie Österreich sowie den von der Kommission für Diakonie, globale Verantwortung und Weltmission berufenen Vertreter/inne/n aus dem Bereich des Gesundheits- bzw. des Sozialwesens und der Publizistik.
  9. Die Entscheidung der Jury muss nicht begründet werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bischof Mag. Michael Chalupka

(Zl. LK-PRJ04-002358/2025)

---

**Nr. 86**  
**Kollektenaufruf für den 6. Sonntag nach Trinitatis, 27. Juli 2025:**  
**Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau (WeG)**

Liebe Gottesdienst-Feiernde!

Wir grüßen Sie herzlich zum 6. Sonntag nach Trinitatis, ein Tag, der ganz im Zeichen der Taufe steht. „Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein!“

Das Thema des heutigen Sonntags macht unser Anliegen im Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau deutlich: Wir wollen dazu beitragen, dass Menschen Glauben entdecken, ihre Taufe ergreifen und sich zum Wohl der Gesellschaft und den Menschen in der Gemeinde einbringen.

Aus der Taufe und dem Zuspruch der Gnade zu leben, ist eine Lebensaufgabe. Das wollen wir durch unsere Arbeit unterstützen. Durch unsere Vorträge, Beratungen und Begleitungen wollen wir Menschen ermutigen, lebendiges, mündiges Christsein zu leben.

Herzlichen Dank für Ihre heutige Kollekte an das Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau!  
Pfarrer Dr. Patrick Todjeras und Pfarrerin Mag.<sup>a</sup> Kathrin Hagmüller

*(Zl. WI-KOL13-002456/2025)*

---

**Nr. 87**  
**Seelenstandsbericht 2024: Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich**

Der Seelenstandsbericht der Evangelischen Kirche A.u.H.B. für das Jahr 2024 wurde online veröffentlicht unter:

<https://kirchenrecht.at/kundmachung/58345.pdf>

*(Zl. WI-KBT05-002463/2025)*

---

**Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen**

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentenversammlungen und dgl. – auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten – sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

**Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden – Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen – Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen – Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig – In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen – Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)**

Wir ersuchen alle Glaubensgeschwister, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer Glaubensgeschwister dem Pfarramt mitzuteilen.

---

---

Medieninhaber: Evangelische Kirche A.u.H.B. in Österreich

Presserechtlich für den Inhalt verantwortlich: Bischof Mag. Michael Chalupka

Adresse: Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien – Telefon: +43 59 1517 00 – E-Mail: office@evang.at

Erscheint in digitaler Form auf <https://kirchenrecht.at/>

---